

SPD demokratischer pressediens

P XXVI 110

14. Juni 1971

Ein Besuch bei Freunden

Willy Brandt in US-Amerika

Von Rüdiger Erhr. von Wechmar
Stellv. Sprecher der Bundesregierung

Seite 1 und 1a / 52 Zeilen

Berlin ist für uns wichtiger

Vom Parteienstreit zur Bonn-Kooperation

Seite 2 und 3 / 61 Zeilen

Politischer Wert gleich Null

Die überflüssige Gründung der "Deutschen Union"

Seite 4 / 41 Zeilen

Hilfreich für Auto-Urlauber

Georg Leber gibt auch 1971 Starthilfe in die
Ferien

Von Horst Seefeld SPD-MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses des
Bundestages

Seite 5 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 5, Hausstraße 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 223037-33
Telefax: 866846/886847
866848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Besuch bei Freunden

Willy Brandt in US-Amerika

Von Rüdiger Frhr. von Wechmar
Stellv. Sprecher der Bundesregierung

Die Reise des Bundeskanzlers in die Vereinigten Staaten ist ein Besuch bei Freunden. Es gibt zwischen der Bundesregierung und der Regierung Nixon weder in der Beurteilung der internationalen Lage noch zu Fragen, die unsere beiden Länder unmittelbar angehen, grundlegende Meinungsverschiedenheiten. So kann die Bundesregierung davon ausgehen, daß beispielsweise in der so wichtigen Berlin-Frage eine völlige Identität der Auffassungen besteht und daß Präsident Richard M. Nixon und Bundeskanzler Willy Brandt dieser Übereinstimmung auch öffentlich Ausdruck geben werden.

Nie zuvor in der Geschichte der Diplomatie hat es je eine so enge Abstimmung und Koordinierung der Bemühungen mehrerer Staaten gegeben wie bei dem Versuch der Westmächte und der Bundesrepublik, mit der Sowjetunion eine befriedigende Berlin-Regelung herbeizuführen. Dennoch darf die Unterstützung, die der amerikanische Präsident den vereinten Bemühungen um eine Berlin-Garantie geben wird, nicht gering geschätzt werden. Die Sowjetunion ist zum gegenwärtigen Augenblick offensichtlich daran interessiert, das Gespräch mit den USA über eine Reihe von Fragen fortzusetzen. Eine erneute Bestätigung der deutschen Ostpolitik durch die Vereinigten Staaten wird daher ihre Wirkung auf die Sowjetunion nicht verfehlen.

Das Gespräch des Bundeskanzlers mit der amerikanischen Regierung findet zudem in einer Woche statt, in der sich in Ostberlin führende Persönlichkeiten aus Osteuropa zum SED-Parteitag versammeln. Man kann nur hoffen, daß die dort anwesenden Spitzenfunktionäre aus dem kommunistischen Lager deutlich genug mithören, was aus Washington gesagt werden wird.

Das Ergebnis der Besprechungen des Bundeskanzlers in den

USA sollte aber auch von jenen Berichterstattern und Kommentatoren aufmerksam gelesen werden, die sich seit einiger Zeit bemühen, angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Washington zu konstruieren. Schon die Lissaboner Konferenz des NATO-Ministerrates sollte eigentlich deutlich genug gezeigt haben, daß Methode und Zielsetzung der deutschen Außenpolitik nicht nur von der Allianz voll inhaltlich gebilligt worden sind, sondern daß die NATO sich diese Politik ganz zu eigen gemacht hat.

In Washington wird der Bundeskanzler sicherlich Gelegenheit haben, mit der amerikanischen Regierung auch über andere Themen zu sprechen, die in jüngster Zeit die internationale Diskussion belebt haben. Hierzu gehören zum Beispiel die ausgewogene, gleichmäßige und gleichzeitige Reduzierung von Truppen und Rüstungen, der Gedanke einer europäischen Sicherheitskonferenz und die SALT-Gespräche. Die Übereinstimmung auch in diesen Fragen zeigte sich deutlich bereits in Lissabon. Eine Bekräftigung durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten ist dennoch von großem politischen Wert.

Das Thema des Devisenausgleichs für die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik gehört gewiß nicht zu den wichtigsten Themen auf der Tagesordnung für das Gespräch mit Präsident Nixon. Bekanntlich haben die beiden Verhandlungsdelegationen verabredet, Ende dieses Monats in Bonn ihre Beratungen fortzusetzen. Auf der anderen Seite wird es aber sicherlich zu einer eingehenden Erörterung des künftigen Verhältnisses zwischen den USA und einer erweiterten EWG kommen und es ist anzunehmen, daß der Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit einen schon im vorigen Jahr in die Diskussion gebrachten Gedanken wiederholt, daß eine ständige europäisch-amerikanische Institution mögliche Konflikte vor ihrem Entstehen abbauen hilft. (-/ex/14.6.1971, bgy)

+ + +

Berlin ist für uns wichtiger

Vom Parteienstreit zur Bonn-Kooperation

Diese Feststellung ist nicht als billige Genußtunung mißzuverstehen: Das publizistische Echo, das sich die beiden Unions-Parteien in der westdeutschen Presse mit ihren Berlin-Bundestagsstunden eingeholt haben, ist ein glattes Minus für sie. Die wenigen Ausnahmen in bestimmten frustrierten Blättern bestätigen nur den Gesamteindruck: Die Tatsache, daß auch CDU-Journalisten ohne Wenn und Aber den Minus-Eindruck hervorheben und unterstreichen, läßt erkennen, in welches Fehlverhalten sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch ihre "parlamentarischen Kettenhunde" (Originalzitat!) hat hineintreiben lassen. Dabei werden auch Namen von Unions-Abgeordneten genannt, die durch ihre atemlose und unverständliche Heißspornigkeit "im Handumdrehen ihr Renommée zerstört" haben, das sie durch jahrzehntelange und allseits anerkannte Aufbauarbeit erworben hatten.

Soviel zur zweifellos dringend notwendigen inneren Manöverkritik der Union. Das, wenngleich leider späte Zurückfinden der CDU/CSU-Fraktion auf die essentiell erforderliche Gemeinsamkeit der Westdeutschen gerade in der Berlin-Frage - und sicher nicht nur in und bei ihr - ist in diesem Dienst bereits am Tage der Debatte positiv gewürdigt worden. Die Bundesregierung und ihre Koalitions-Parteien begrüßen diese ersten konkreten Anzeichen für eine wiederauflebende Berlin-Kooperation, weil eine solche Entwicklung und ein solches beiderseitiges Verhalten nur dem Ganzen und damit jedem von uns dienen kann. Wenn jetzt konkrete Faktenmeldungen aus den USA über eine stetig zunehmende Chancenaussicht für brauchbare und daher allseits akzeptable Regelungen Berlin-Komplex jedenfalls zunächst im Verkehrssektor vorliegen, dann ist es sowieso geboten, daß Bonn insgesamt bereit, vorbereitet und daher fähig ist, einer offensichtlich bald zu erwartenden Aufforderung der für Berlin verantwortlichen Mächte zu

folgen und in praktische Ausführungsverhandlungen mit der DDR-Regierung einzutreten. Möglicherweise werden manche Leute in der Bundesregierung, darunter auch Politiker, von dieser Entwicklung, ihrem Tempo und ihrem Trend überrascht werden.

Aber auch hier heißt es endlich Abschied von Vorstellungen zu nehmen, die man Jahrzehntlang gehätschelt und allmählich zu einem Tabu zementiert hat, in dem man jetzt selbst festhängt. Wie schwer das manchen Politikern etwa der CDU wird, das hat noch während der Berlin-Debatte im Bundestag der ehemalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger bewiesen, der sich seiner realistischen Berlin-Auffassungen aus seiner Regierungschefszeit nicht mehr erinnern konnte oder wollte und dem fraktionsinternen Zwang der Stunde anheimfiel. Und noch am Abend desselben Debatte-tages glitt der von Amtswegen über alle Berlin-Details voll informierte Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel vor einer CDU-Parteiversammlung in Bonn-Bad Godesberg in den Stil seiner "parlamentarischen Kettenhunde" zurück und wußte zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung und damit auch zu Berlin leider nichts mehr zu sagen, als bis dahin auf Anweisung des CDU-Generalsekretärs Dr. Bruno Heck landauf-landab parteipropagandistisch erzählt worden ist.

Nun, die Lage ist heute anders, und das ist gut so. Es wird für den Bundeskanzler als dem Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland eine erwünschte und nützliche Hilfe sein, wenn er in der dieser Woche im Bewußtsein der in Bonn wiedergefundenen Berlin-Kooperation in Washington mit dem US-amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon eben über diese Fragen und Probleme sprechen wird. Die Berliner werden eine positive Entwicklung und Festigung ihrer Position hoffentlich allen Parteien im Bundestag danken können.

ge/ee/14.6.1971/ks

+ + +

Politischer Wert gleich Null

Die überflüssige Gründung der "Deutschen Union"

"National, sozial, liberal und konservativ": Dies alles auf einmal will die neue "Deutsche Union" sein, die am 12. Juni im Rheinland-Saal des superfeudalen "Hilton Düsseldorf" gegründet wurde und den 57jährigen Siegfried Zoglmann, ehemals FDP-MdB und zuletzt CDU-Hospitant, zu ihrem ersten und vermutlich auch letzten Bundesvorsitzenden erkor. Ebenso wirr wie diese Richtungseinstufung, politisch emotionell und zudem voller Gemeinplätze ist das sogenannte Parteiprogramm, das seinen Kern in der Zoglmannschen Kleinbürger-Knappformulierung findet: "Wir wollen wieder ein Leben in Anstand, Würde, Sicherheit und Geborgenheit führen." Bleibt nur noch die hemmungslose Anbiederung an die Unionsparteien, denen Zoglmann wiederholt die Zusammenarbeit anbot, um gemeinsam "rechts von der Mitte eine neue große Basis zu schaffen". Gesamtziel des Düsseldorfer Prominenzunternehmens: Auflösung der sozial-liberalen Bundesregierung bis spätestens 1973, weil "sonst eine Entwicklung eintritt, aus der es kein Zurück mehr gibt".

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieser "Deutschen Union" in höchst absehbarer Zeit dasselbe Schicksal beschieden sein wird, wie allen ähnlichen Duodezpartei-Gründungen bisher schon. Darüber ist man sich ebenso zweifellos auch in der Führungsgruppe dieser Absplitterung selbst bewußt, denn sonst hätte man sich sicherlich doch etwas mehr Mühe bei der Formulierung des Programms und mit der Durchführung der Gründungsversammlung gegeben. Diese "Deutsche Union" ist also zeitgeschichtlich maximal eine Episode ohne tiefere Bedeutung. Bemerkenswert wird die ganze Aktion ausschließlich durch den völlig unverhüllt dargestellten Tatbestand des eigentlichen und einzigen Zwecks: Es kommt ausschließlich darauf an, der FDP, aus der man aus den verschiedensten Gründen echappiert ist, so viele Stimmen wegzunehmen, daß ihre Stärke im Jahre 1973 nicht mehr zur Weiterführung der Koalition mit der SPD ausreichen würde, und die CDU/CSU, die man früher so bitter bekämpft hat und zu deren Appendix man sich jetzt macht, in Bonn wieder ans Ruder kommen könnte.

Angesichts dieses Alleinzwecks dieser sogenannten Partei hätten sich die Geldgeber die erheblichen Kosten ihrer Düsseldorfer Hilton-Show einschließlich des Auftretens von zwei Washingtoner Kongreßmännern aus dem vierten oder fünften Glied sparen können. Spätestens 1973 wird diese "Deutsche Union" wieder verschwunden sein. Ihr politischer Wert ist gleich Null, ihre wahltaktische Aufgabe wird und kann sie nicht erfüllen. Man kann sie heute schon vergessen.

(ee/ee/14.6.1971/bgy)

+ + +

Hilfreich für Auto-Urlauber

Georg Leber gibt auch 1971 Starthilfe in die Ferien

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

"Lieber Autofahrer...", mit dieser Anrede wendet sich Bundesverkehrsminister Georg Leber auch in diesem Jahr rechtzeitig vor dem Beginn der Sommerferien wiederum mit einem übersichtlichen Faltblatt an alle Verkehrsteilnehmer. "Ferien 1971" - Sicher in den Urlaub", ist eine vom Bundesverkehrsministerium herausgegebene Schrift betitelt, die ab sofort kostenlos an allen Tankstellen in der Bundesrepublik bezogen werden kann. Der Auto-Urlauber soll auf einer großen Karte eine Chance erhalten, seinen Reiseweg nicht nur nach der vermeintlich kilometrisch kürzesten Strecke zu bestimmen. Die Karte zeigt, auf dem neuesten Stand gebracht, welche Straßenabschnitte überlastet, weniger oder kaum befahren sind. Da außerdem die wenigen nicht vermeidbaren Autobahn-Baustellen angeführt sind, kann sich jeder - auch unter Berücksichtigung der verschiedenen Schulferienanfangszeiten - einen eigenen Reiseweg zusammenstellen. Gerade an den besonders neuralgischen Tagen kann das Motto "trotz mehr Kilometer, weniger Zeit" eine Berechtigung haben.

Minister Leber gibt in seinem hilfreichen Faltblatt noch Hinweise auf die Verkehrsdurchsagen der verschiedenen deutschen Rundfunkanstalten, auf die Telefonnummern der Automobilverbände, auf andere wichtige Adressen und bittet alle Autofahrer nochmals, die neue Straßenverkehrsordnung zu beachten. Der Minister erhofft sich von seinen Hinweisen ganz besonders, daß die Zahl der Verkehrsunfälle und die damit leider vielfach verbundenen Todesfälle verringert werden kann.

Man darf dem Bundesverkehrsminister auch in diesem Jahr für seine Initiative und für seinen Beitrag zum möglichst unfallfreien und flotten Urlaubsreiseverkehr danken. Lebers Unterlagen für die Ferien 1971 gehören in die Hand jedes Urlaubsreisenden; das Faltblatt sollte jeder Autofahrer mit sich führen.

(-/ex/14.6.1971/ks)